



Antragsteller: DIE LINKE

Antragsdatum:
10. September 2016

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Rathausspitze		☐ Umwelt	
☐ Haushalt und Finanzen		☒ Hauptausschuss	21.09.2016
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☒ Stadtverordnetenversammlung	28.09.2016
☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	
☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.			

Antragsgegenstand:

Prüfung des Verbleibs von kreislichen Aufgaben in der Verantwortung der Stadtverwaltung Cottbus nach einem möglichen Verlust der Kreisfreiheit

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Januar 2017 zu prüfen, welche Aufgaben, im Falle des Verlustes der Kreisfreiheit, in kommunaler Verantwortung bleiben sollten. Daraus ist ein Handlungskonzept zur Verständigung mit dem neu zu bildenden Landkreis und der Landesregierung zu entwickeln.

Begründung:

Mit dem Beschluss des Leitbildes zur Verwaltungsstrukturreform im Landtag ist in Erwägung zu ziehen, dass nach 2019 das Oberzentrum Cottbus Teil eines neuen Landkreises sein könnte.

Um die kommunalen Aufgaben zukunftssicher und sachgerecht erfüllen zu können, sollte die Stadt Cottbus mit fundierten Vorschlägen auf den dafür bevorstehenden Gesetzgebungsprozess im Land Brandenburg Einfluss nehmen.

Der Inhalt der Prüfung sollte sich auf Verwaltungsbereiche konzentrieren, die üblicherweise zu kreislichen Aufgaben würden, aber entsprechend der Größe der Stadt in eigener Verantwortung bleiben sollten. Damit soll Bürgernähe und Effektivität weiter gesichert werden.

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**